

Bundestag bestellt Seehofer ein - der kommt mit Blaulicht

27.06.2018

In der Aktuellen Stunde debattieren die Bundestagsabgeordneten über das Rettungsschiff „Lifeline“. Doch die Bundesregierung ist nach Ansicht der Grünen-Politikerin Lemke nur unzureichend zugegen. Sie stellt daraufhin einen Antrag.

Während der Aktuellen Stunde zum Thema „Seenotrettung im Mittelmeer durchsetzen“ hat der Bundestag Innenminister Horst Seehofer (CSU) einbestellt. Einen entsprechenden Geschäftsordnungsantrag hatte die Grünen-Abgeordnete Steffi Lemke gestellt. Die Mehrheit im Bundestag stimmte dem zu.

Die stellvertretende Bundestagspräsidentin Claudia Roth unterbrach die Sitzung, um mit dem Innenminister Kontakt aufzunehmen. Seehofer habe sich mit Blaulicht auf den Weg gemacht, hieß es.

Nach rund einer Viertelstunde betrat Seehofer daraufhin den Plenarsaal und nahm auf der Regierungsbank Platz. Die Debatte fand während des WM-Fußballspiels Deutschland gegen Südkorea (</sport/fussball/wm-2018/live178283092/WM-2018-Deutschland-Suedkorea-Zweite-Halbzeit-noch-immer-0-0.html>) statt. Abgesehen von den Grünen waren die meisten Fraktionen nur schwach im Plenum vertreten, sodass die Opposition über die Mehrheit verfügte.

Lemke hatte kritisiert, dass die Bundesregierung angesichts der Brisanz des Themas während der Debatte nur unzureichend vertreten war. Anlass der von der Linksfraktion beantragten Aktuellen Stunde war das tagelange Tauziehen um das Rettungsschiff „Lifeline“ (</politik/ausland/article178231448/Lifeline-Horst-Seehofer-nennt-Bedingungen-fuer-Aufnahme-von-Lifeline-Fluechtlingen.html>).

Seehofer will „Präzedenzfall“ verhindern

Unterstützer und Gegner der Flüchtlingsretter im Mittelmeer stritten sich im Bundestag lautstark. Michel Brandt von der Linkspartei rief den Abgeordneten der Union mit hochrotem Kopf zu: „Hören Sie endlich auf, diese mutigen Leute wie Kriminelle zu behandeln.“

Thorsten Frei (CDU) lobte daraufhin ironisch Brandts „kabarettreife Leistung“. Er sagte, Schiffbrüchige müssten zwar gerettet werden. Sie hätten aber keinen Anspruch darauf, an ein europäisches Ufer gebracht zu werden. Die sogenannten Seenotretter ermunterten die Migranten durch ihre Tätigkeit, ihr Leben auf dem Meer zu riskieren, sagte Frei. Den Abgeordneten der Linken, die seine Rede pausenlos kommentierten, rief er zu: „Quatschen Sie nicht die ganze Zeit dazwischen, das ist ja unerträglich.“

Auch Aydan Özoguz (SPD) und Luise Amtsberg (Grüne) lobten die Besatzung des Rettungsschiffes „Lifeline“. Özoguz sagte: „Ich kann überhaupt nicht verstehen, wie man diese Menschen hier kriminalisieren kann.“

Seehofer sagte im Bundestag: „Über die Aufnahme von Migranten und Flüchtlingen entscheiden nicht die Schlepper, sondern demokratisch gewählte Regierungen.“

Seehofer betonte, durch eine mögliche Aufnahme der 234 Migranten von der „Lifeline“ in Europa dürfe kein

„Präzedenzfall“ ([/politik/ausland/article178231448/Lifeline-Horst-Seehofer-nennt-Bedingungen-fuer-Aufnahme-von-Lifeline-](/politik/ausland/article178231448/Lifeline-Horst-Seehofer-nennt-Bedingungen-fuer-Aufnahme-von-Lifeline-Fluechtlingen.html)

[Fluechtlingen.html](/politik/ausland/article178231448/Lifeline-Horst-Seehofer-nennt-Bedingungen-fuer-Aufnahme-von-Lifeline-Fluechtlingen.html)) geschaffen werden. Wegen der von anderen Staaten erklärten Aufnahmebereitschaft sehe er „nach momentanem Stand keine Handlungsnotwendigkeit für Deutschland“.

Schiff soll beschlagnahmt werden

Das von der deutschen Hilfsorganisation Mission Lifeline betriebene Schiff hatte seit Tagen auf dem Mittelmeer ausgeharrt, ohne die Erlaubnis zu bekommen, an einem europäischen Hafen anzulegen.

Am Mittwoch sagte Malta dem Schiff einen sicheren Hafen zu. Die „Lifeline“ werde aber beschlagnahmt, kündigte Maltas Ministerpräsident Joseph Muscat an. „Dieses Schiff war staatenlos, es wird festgesetzt.“ Gegen die Besatzung der deutschen Hilfsorganisation werde ermittelt. Acht EU-Länder hätten sich bereit erklärt, Flüchtlinge von dem Boot zu übernehmen.

Deutschland war nicht darunter. Es boten aber mehrere Bundesländer Hilfe an. Regierungssprecher Steffen Seibert sagte, dass innerhalb der Regierung Gespräche geführt würden und man sich der schwierigen Lage der Flüchtlinge bewusst sei.

Die Abgeordnete der Linkspartei, Petra Pau, warf Seehofer vor, im Fall der „Lifeline“ unmenschlich vorzugehen. Nach ihren Angaben forderte der CSU-Politiker im Innenausschuss des Bundestages, das Schiff zu beschlagnahmen und die Besatzung strafrechtlich zu verfolgen.